



gesundheitswirtschaft
rhein-main e.v.

im dialog



7

07 | 17

Frühjahrstagung 2017

Veranstaltung der Gesundheitswirtschaft Rhein-Main

Gesundheitspolitik in der nächsten Wahlperiode. Wie viel Reform?

Gesundheitspolitik: Diskussion nötig

Ich bedanke mich ganz herzlich bei allen Mitwirkenden für die engagierte Debatte, bei unserem Moderator Herrn Friedrich Roeingh, dem Chefredakteur der Mainzer Allgemeinen Zeitung, für seine professionelle Gesprächsführung sowie unserem Gastgeber Michael Brückner, Partner von gwrm-Mitglied accenture, für die Gastfreundschaft und hervorragende Bewirtung.

An dieser Stelle wünsche ich nun Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, viel Vergnügen bei der Lektüre und ich freue mich, Sie auf einer unserer nächsten Veranstaltungen wiederzusehen.



Herzlichst, Ihr

Florian Gerster

Florian Gerster
Staatsminister a. D., Vorsitzender
der Initiative gesundheitswirtschaft
rhein-main e. V.



Politik und Gesundheitswirtschaft im Dialog (v.l.n.r.)

Gesundheitspolitik in der nächsten Wahlperiode. Wie viel Reform?

Wie geht es weiter mit der Gesundheitspolitik nach der Bundestagswahl am 24. September 2017? Manager der Gesundheitswirtschaft diskutierten darüber mit Bundes- und Landespolitikern bei der Frühjahrstagung der Gesundheitswirtschaft Rhein-Main.

Was tun, um dem Hausarztmangel in ländlichen Regionen zu begegnen, fragte Moderator Friedrich Roeingh. Der CDU-Landtagsabgeordnete Dr. Ralf-Norbert Bartelt hält es für nötig, die ambulante Versorgung genau zu planen. Andernfalls würden noch mehr Ärzte in die Ballungsräume strömen. Deshalb sei in Hessen die Zahl der Zulassungsbezirke erhöht worden. Selbst der FDP-Landtagsabgeordnete Dr. Stefan Ruppert räumte ein, dass in ländlichen Regionen eine „gewisse Planung“ unvermeidbar sei. Für den

SPD-Bundestagsabgeordneten Professor Dr. Karl Lauterbach ist das zu wenig. Er will die Bundesländer und die Kommunen in die Pflicht nehmen und ihnen mehr Verantwortung übertragen. Die grüne Bundestagsabgeordnete Cornelia Schulz-Asche favorisiert den 2011 geschlossenen Hessischen Gesundheitspakt. Er solle jungen Ärzten mit Hilfe von Subventionen die Niederlassung auf dem Dorf schmackhaft machen.

Schulz-Asche kann sich auch vorstellen, dass Krankenhäuser in ländlichen

Regionen Hausärzte anstellen und zentrale Notfall-Portale einrichten – womit auch schon die Frage nach der ambulant-stationären Vernetzung bei diesem derzeit höchst umstrittenen Thema aus Grünensicht beantwortet wäre. CDU-Politiker Bartelt rät zu einer Informationskampagne für den ärztlichen Notdienst, der – kaum bekannt – unter der Telefonnummer 116 117 erreicht werden kann. Außerdem müssten

„Regulierung darf die Marktgesetze nicht aushebeln.“

Frank Lucaßen
Executive Vice President und
Geschäftsführer, Fresenius Kabi

Krankenhäuser für Notfälle besser bezahlt werden. Die Selbstverwaltung könne Lösungen finden, der Hessische Sozialminister Grüttner habe sich dafür erfolgreich engagiert, so Bartelt.



Dr. Ralf-Norbert Bartelt, Kordula Schulz-Asche, Friedrich Roeingh, Prof. Dr. Babette Simon, Dr. Peter Heinz, Frank Lucaßen, und Ralf Metzger

„Wir brauchen Mindestmengen und eine Lockerung des Fernbehandlungsverbotes.“

Ralf Metzger

Leiter der Hauptabteilung Unternehmenspolitik und -kommunikation, AOK Hessen

Natürlich ging es bei der Frühjahrstagung auch ums Geld. Warum ziehen die Kliniken eigentlich nicht vor Gericht, obwohl sie doch seit Jahren von den Ländern zu wenig Geld für Investitionen bekommen, fragte Moderator Roeingh? Leider beantwortete diese einfache Frage keiner der Anwesenden. Bartelt verwies darauf, dass Hessen seinen Verpflichtungen wenngleich auch nicht vollständig, so doch zumindest besser

nachkomme, als andere Bundesländer. Außerdem habe Hessen auf Pauschalförderung umgestellt. Dadurch können die Krankenhäuser besser planen. Schulz-Asche fand das auch gut, verlangte aber objektivierbare Daten darüber, wie viele Krankenhäuser nötig sind.

Und wo stehen wir beim Thema Qualität, fragte Moderator Roeingh? Wann bekommen wir hier mehr Transparenz? Karl Lauterbach verwies auf das neue Institut IQTIG (Institut für Gesundheitssicherung und Transparenz im Gesundheitswesen), das darauf Antworten finden soll. Ob dabei am Ende konkretere Ergebnisse zu erwarten sind



Professor Dr. Karl Lauterbach: eine Lanze für die Bürgerversicherung brechen.

„Auch der Bund muss die Krankenhäuser finanzieren.“

Prof. Dr. Babette Simon

Vorstandsvorsitzende und Medizinischer Vorstand, Universitätsmedizin Mainz

als beim Pflege-TÜV, der allgemein als Misserfolg gewertet wird und 2019 durch ein anderes Messsystem ersetzt werden soll, ist nach Meinung vieler Teilnehmer der Veranstaltung eher fraglich.

Versorger je nach Qualität mit Zu- und Abschlägen zu honorieren, hält CDU-Politiker Bartelt für gut. Dies allein an der Menge der Behandlungen festzumachen sei allerdings falsch. Schulz-Asche warnte davor, kleine Krankenhäuser zu bestrafen, die nicht die höchste Qualität liefern könnten. Sinnvoller seien Lösungsansätze, die auch

„Es werden schon nicht alle Hausärzte in die Stadt rennen.“

Dr. Peter Heinz

Vorsitzender des Vorstandes,
Kassenärztliche Vereinigung
Rheinland-Pfalz

regionale Gesichtspunkte und Wünsche der Patienten berücksichtigten. Lauterbach hält davon nichts. Kliniken müssten einen Zuschlag für ihre Kernversorgungsbereiche bekommen.

Natürlich durfte auch das Top-Thema Digitalisierung nicht fehlen. FDP-Politiker Ruppert plädierte für sicheren Datentransfer sowie die Möglichkeit, die Daten den Versicherten zugänglich zu machen. Ruppert und Bartelt betonten die wirtschaftlichen Vorteile der Digitalisierung für das Gesundheitssystem. Auch Schulz-Asche begrüßte die Entwicklung von E-Health und elektronischer Patientenakte. Der Einsatz von Telemedizin sei nicht nur zeitgemäß und längst überfällig, sondern biete neue



Dr. Stefan Ruppert: Planung in ländlichen Regionen unvermeidbar.

Lösungen und Qualitätsstandards. Sie bemängelte aber auch die halbherzige Digitalisierung am Beispiel des Medika-

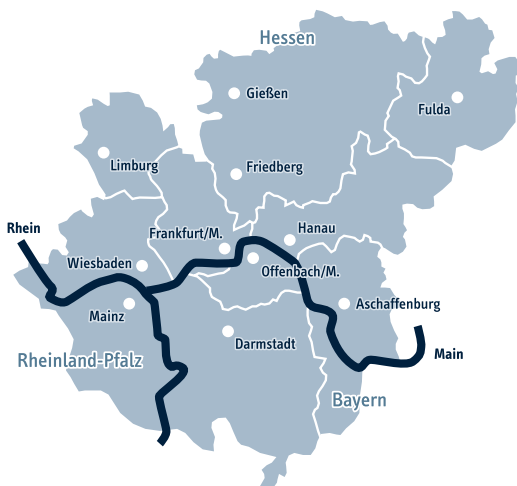
tionsplans. Dieser werde beim Apotheker ausgedruckt und von Hand beschrieben.

Ein Dauerbrenner in der Gesundheitspolitik ist nach wie vor die private Krankenversicherung. Zumindest für die SPD im Bundestagswahlkampf. So ließ es sich Professor Karl Lauterbach, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, auch nicht nehmen, bei der Frühjahrstagung eine Lanze für eine Bürgerversicherung und eine einheitliche Honorarordnung zu brechen. Die Frage von Florian Gerster nach den Auswirkungen auf die Zusatzversicherung von Beamten in Deutschland in einem solchen Fall blieb unbeantwortet.



qualität und wachstum für die region

SEIT 2006 DAS NETZWERK DER GESUNDHEITSWIRTSCHAFT



Der Verein gesundheitswirtschaft rhein-main e.v. engagiert sich mit seinen 190 Mitgliedern vor allem für die Themen Versorgungsstrukturen, Telemedizin, Zweiter Gesundheitsmarkt, Innovationen und Fachkräfte. Kliniken, Pharmaunternehmen, Firmen für Medizintechnik und Biotechnologie, Dienstleister, Lehre und Forschung in den drei zugehörigen Bundesländern haben schon heute einen

erheblichen Anteil am wirtschaftlichen Erfolg und an der Lebensqualität der Rhein-Main-Region.



gesundheitswirtschaft
rhein-main e.v.

gesundheitswirtschaft rhein-main e.v.
c/o FuP Marketing und Kommunikation
Am Dachsberg 198, 60435 Frankfurt a.M.
Fon: (069) 95 43 16 0, Fax: (069) 95 43 16 25